

BAGP-Rundbrief 4.03

Editorial

Der Rundbrief der BAGP erscheint seit Mitte des vergangenen Jahres einmal im Quartal. Als Organ der BAGP-Mitglieder greift er inhaltlich jeweils aktuelle Themen auf.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und -initiativen wird regelmäßig wichtige gesundheitspolitische Aspekte aus der Sicht von PatientInnen darlegen und kommentieren. Uns ist es wichtig, sowohl mit der Fachöffentlichkeit als auch den BürgerInnen unsere Positionen zu diskutieren.

Interessierte können den BAGP-Rundbrief in gedruckter Version oder als Acrobat-PDF-Datei online abonnieren.

Die gedruckte Version ist gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro jährlich bei der Geschäftsstelle der BAGP erhältlich. Die Online-Version ist kostenlos erhältlich und kann per e-mail (abo-rb@patientenstellen.de) mit dem Betreff *subscribe* bestellt werden.

Alternativ können Sie nach Bedarf den jeweils aktuellen BAGP-Rundbrief sowie alle erschienenen Ausgaben selbst aus dem Internet holen. Einen entsprechenden Verweis finden Sie unter <http://patientenstellen.de>.



Offener Brief Solidaritätserklärung

An die Mitglieder des Bundestages in der SPD und B 90/Grünen, die bei der Abstimmung über das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) nicht zugestimmt haben.

München, den 15.10.03

Sehr geehrte Frau Skarpelis-Sperk, sehr geehrte Herren Barthel, Schmidbauer, Schösser, Schreiner, Veit und Schulz,

wir möchten Ihnen hiermit ausdrücklich danken für Ihre mutige Entscheidung, trotz des Drucks aus der eigenen Fraktion und der eigenen Partei dem GMG nicht zuzustimmen.

Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens sind u.a. seitens der Patientenvertreter Vorschläge für wirkliche Reformen unter Beachtung des Solidarprinzips eingebracht worden. Diese Vorschläge finden sich in dem aktuellen GMG nicht wieder.

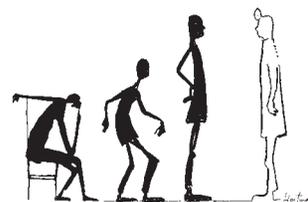
Sie haben als Person in den letzten Tagen und Wochen viel aushalten müssen, Ihnen wurde vorgeworfen, politikunfähig zu sein und die Regierung zu gefährden. Wir stellen fest, daß gerade durch Ihre Entscheidung der vorhandene Bürgerprotest überhaupt noch in das Parlament kommen konnte, weil dafür keine parlamentarisch-politische Gruppierung mehr vorhanden war. Der Großteil der Entscheidungsträger hatte sich bereits auf einen Konsens gegen die Patienten- und Versicherteninteressen verständigt. Sie haben eine wichtige demokratische Funktion übernommen und sind mit Ihrer Standfestigkeit in unseren Augen Ausdruck für eine Politikfähigkeit, der wir hiermit unsere Hochachtung kundtun wollen.

Das Thema Gesundheitsreform ist aber noch nicht beendet, es werden weitere Schritte notwendig sein. Dann hoffen wir auf eine erneute intensive Diskussion auch mit Ihnen über eine Weiterentwicklung des Gesundheitssystems und die bessere Berücksichtigung von Patienten- und Bürgerinteressen.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen BAGP

siehe auch Unterschriftenliste auf der letzten Seite.



Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Auenstr. 31
80469
München
TELEFON

089 /
76 75 51 31
FAX 089 /
725 04 74

<http://patientenstellen.de>
[mail@patientenstellen.de](mailto:patientenstellen.de)

Sprechzeiten:
Mo - Do
13 - 14 Uhr
und AB

Inhalt:
An die Abweichter **A**
Gesundheitspolitik **B**
Interne Beschwerdebearbeitung **B**
Aus der Beratung **C**
Kampagne **D**



**BAGP - Mitglieder/
Kontaktadressen und
Öffnungszeiten:** (www.patientenstellen.de)

**PatientenInitiative
Hamburg e.V.**

22301 Hamburg,
Moorfurthweg 9 e
Tel: 040/2796465,
Fax: 040/2787718
hamburg@
patientenstellen.de
Mi 13- 15 h
(persönlich n.V.)

**PatientInnenstelle
Bremen**

28205 Bremen,
Braunschweigerstr. 53b
Tel+Fax: 0421/493521
bremen@
patientenstellen.de
Mo und Mi 10 - 13 h
Do 16 - 19 h

Pro PatientIn e.V.

32423 Minden,
Simeonstr. 20
Tel: 0571/398 2541,
Fax: 0571/8297 6826
minden@
patientenstellen.de
Di 10 - 12 h
Mi 10 - 12; 14 - 16 h

Patientenstelle Bielefeld

33602 Bielefeld,
August-Bebel-Str. 16
Tel: 0521/133561,
Fax: 0521/176106
bielefeld@
patientenstellen.de
Di 10 - 12 h
Mi 15 - 19 h u.n.V.
Do 10-13 & 15 - 17 h
(Psychiatriebeschwerde)

**PatientInnenstelle
Göttingen**

37073 Göttingen,
Albanikirchhof 4-5
Tel: 0551/486760,
Fax: 0551/42759
goettingen@
patientenstellen.de
Mo und Do 10 - 13 h
Di und Do 15 - 18 h

**PatientInnenstelle
Osnabrück**

49080 Osnabrück
Koksche Str. 18
Tel: 0541/84264
Fax: 0541/6003517
osnabrueck@
patientenstellen.de
Di 18 - 20; Mi 9 - 12 h
Donnerstag 10 - 14 h



Kommentar: Reform lässt Pharmakassen klingeln

Kleine Meldungen im Wirtschaftsteil der Tageszeitung bringen eine große Wirkung der sog. Gesundheitsreform ans Licht. Die Pharma-Industrie erwartet als Folge der „Reform“ im Jahr 2004 eine Umsatzsteigerung von 1,6 Mrd. (s. Artikel in Neue Westfälische vom 18.9.03). Dies führt nicht mal zu mehr Arbeitsplätzen, sondern nur zu mehr Gewinn der Branche.

Umsatzsteigerung heißt hier 1,6 Mrd. zusätzliche Belastung für Versicherte und Patienten. Entgegen aller Spar- und Streichaktionen kann die Pharma-Industrie wie bisher mit satten Gewinnen rechnen. Allein in den letzten zwei Jahren sind die GKV-Arzneimittel-Ausgaben um 10 bzw. 6,5 % gestiegen, so soll das auch 2004 weitergehen.

Da muss man sich doch fragen:
Ist das die von der Politik angekündigte Verteilung der Lasten auf alle Schultern?
Warum können sich mächtige Profiteure im Gesundheitssystem so bereichern?
Wieviel Zynismus können wir uns in dieser Gesellschaft noch leisten?
Wird die soziale Gerechtigkeit und das solidarische Gesundheitssystem ausverkauft?

Reform lässt Pharmakassen klingeln

■ Berlin (rtr). Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie rechnet für 2004 auf Grund der Gesundheitsreform mit Mehrumsätzen von 1,6 Milliarden Euro. Weil nicht-verschreibungspflichtige Medikamente aus dem Katalog der Krankenkassen gestrichen würden, würden mehr teure verschreibungspflichtige Medikamente verordnet, hieß es gestern. 2003 bleibe der Umsatz stabil.

NW 18.9.03

NEU

Anregungen, Beschwerden, Kritik ... über PatientInnenstellen?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen hat sich in Beratung, Begleitung und Informationsarbeit gemäß Ihrem Statut und den Beratungsstandards zur Einhaltung von Qualitätskriterien verpflichtet, zu denen auch eine Beschwerdemöglichkeit über ihre Mitglieder gehört.

Hierzu wird eine Anlaufstelle eingerichtet. Für alle, die Anregungen, Beschwerden, Kritik ... über PatientInnenstellen vorbringen und erörtern wollen, gibt es ab 15.11.03 eine Beauftragte, die selbst nicht Teil der BAGP ist.

Sie ist schriftlich erreichbar unter der Adresse:

Die Beauftragte für Beschwerden über Mitgliedsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen
z.Hd. Frau Schröder
c/o Geschäftsstelle der BAGP
Auenstr. 31
80469 München
(Mit dem Vermerk z Hd. Frau Schröder, wird die Post ungeöffnet an diese weitergeleitet.)

Erreichbar telefonisch:

Hier erreichen Anfragende einen Anrufbeantworter. Unter kurzer Nennung des Anliegens und der eigenen Telefonnummer ruft Frau Schröder zurück.

(Die Telefonnummer war bei Redaktionsschluss leider noch nicht vergeben. Bitte ab 10.11.03 bei der BAGP Geschäftsstelle erfragen, oder auf der web-site nachlesen.)



„AUGENBLICK ... ICH HAB PA WAS IM AUGENBLICK“

Materialien der BAGP:

Broschüren:

„Patientenrechte/Ärztepflichten“

Informationen zur ärztlichen Behandlung und zum Thema Verdacht auf Behandlungsfehler, München 1998, 3,- Euro

„Informationen bei Problemen der zahnärztlichen Versorgung“

Schwierigkeiten, Rechtsfragen, Änderungen durch die Gesundheitsreform, München 2000, 2,- Euro

„Patientenrechte bei ärztlichen Honorarforderungen“

– Ihre Rechte bei unberechtigten Forderungen von Zahn-/Ärzten, München 2002, 3,- Euro

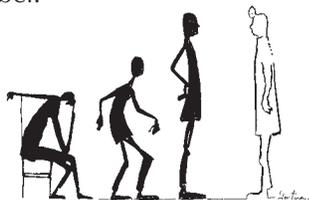
BAGP-Kurzinfos zu den Themen:

IGeL (individuelle Gesundheitsleistungen)

NEM (Nahrungsergänzungsmittel) je 50 Cent.

Weitere Infos

zur BAGP (Statut, Beratungsstandards, Falblatt u.a.) bekommen Sie im Internet unter www.patientenstellen.de und www.gesundheits.de oder bei der BAGP-Geschäftsstelle Auenstr. 31, 80469 München Tel: 089/76755131, Fax: 089/7250474 mail@patientenstellen.de. Bitte legen Sie Ihrer Anfrage einen mit 1,56 Euro frankierten Rückumschlag bei.



Aus der Beratung

- Mit dieser Rubrik möchten wir interessante Probleme und deren Bearbeitungsschritte aus der täglichen Beratung in Patientenstellen vorstellen. Es kann dabei um gelungene Intervention, aber auch um unlösbare Widerstände gehen.

Gut aufgeklärt?

- Frau K. beschwert sich in der Patientenstelle über die Entscheidung ihrer Krankenkasse gegen eine Kostenbeteiligung für ihren Zahnersatz.

- Frau K., 65 Jahre, gesetzlich versichert, trifft eine Vereinbarung zur Versorgung mit Zahnersatz (Heil-u. Kostenplan) mit ihrem Zahnarzt und reicht diese ordnungsgemäß bei der Krankenkasse ein. Die Krankenkasse bewilligt einen Zuschuss von 65 % der Kosten.

- Beim nächsten Zahnarztbesuch teilt ihr Zahnarzt Frau K. mit, dass die geplante Grundversorgung bei ihr wegen fehlenden Kiefers nicht realisierbar sei. Er schlägt ihr eine implantologische Versorgung mit Suprakonstruktion vor, die normalerweise privat bezahlt werden muss. Er weist sie darauf hin, dass sich in ihrem Fall wahrscheinlich die Krankenkasse aufgrund einer Ausnahmeindikation beteiligen wird, und händigt ihr hierzu ein Attest aus. Frau K. willigt ein. Der Zahnarzt beginnt schon einmal mit der Behandlung. Frau K. reicht bald den neuen viel teureren Heil- und Kostenplan über 20.500,- bei der Krankenkasse ein. Nach einer Prüfung des Sachverhaltes teilte ihr die Krankenkasse mit, dass keine Kostenbeteiligung für den Zahnersatz in Verbindung mit implantologischen Leistungen möglich sei, weil die Voraussetzungen im Sinne der Richtlinien des „Bundesausschusses für Ärzte und Krankenkassen“ bei ihr nicht vorliegen.

- Frau K. legt Widerspruch ein. Zur weiteren Klärung schaltet die Krankenkasse einen Gut-

achter ein. Dieser teilte ihr jedoch mit, dass der Zahnersatz bereits eingegliedert und eine gutachterliche Stellungnahme deshalb nicht mehr möglich sei. Auf Wunsch von Frau K. wandte sich die Krankenkasse wegen eines Obergutachtens an die Kassenärztliche Vereinigung. Von dort wurde jedoch ebenfalls mitgeteilt, dass eine nachträgliche Begutachtung nicht mehr möglich ist. Tatsächlich stellte sich heraus, dass bereits bei Erstellung des Heil- und Kostenplans durch den Zahnarzt die Maßnahmen bereits durchgeführt waren, so dass eine rückwirkende Überprüfung der eventuellen Ausnahmeindikation nicht mehr möglich war. Im übrigen war zwischen dem Zahnarzt und Frau K. vertraglich festgestellt (im Kleingedruckten!), dass eine Begutachtung laut Vorschrift! vor der Behandlung durchzuführen ist. Frau K. wurde im Vorfeld von ihrem Zahnarzt nicht darauf hingewiesen und hat wohl das Kleingedruckte nicht aufmerksam genug durchgelesen.

Ihre Ansprüche müsste Frau K. jetzt gegen ihren Zahnarzt wegen eines Aufklärungsfehlers, nicht gegen ihre Krankenkasse geltend machen. Sie ist überrascht. Kann es sein, dass ihr Arzt, der immer gute Leistung erbracht hat, dafür verantwortlich ist, dass Sie jetzt auf über 20.500,- Kosten und allen Folgekosten in der Zukunft hocken bleibt? Ja, er hätte es ihr vorher sagen müssen, er ist der Fachmann. Ob Frau K. in dieser Sache noch etwas unternehmen wird, steht noch in den Sternen.

PatientInnenstelle

Barnstorf

49406 Barnstorf,
Kampstr. 19
Tel: 05442/803670,
Fax: 05442/991984
barnstorf@patientenstellen.de
Di und Mi 9 – 11 h
Fr 15 – 16.30 h

PatientInnenstelle Köln

50677 Köln, Vondelstr. 9
Tel: 0221/328724,
Fax: 0221/2762961
koeln@patientenstellen.de
Mo, Di, Fr 10 – 12 h
Mi und Do 16 – 19 h

Unabhängige Patienteninformation FFM

60389 Frankfurt/Main,
Rohrbachstr. 29
Tel: 069/94548964,
Fax: 069/94548965
frankfurt@patientenstellen.de
Di + Do 10 – 13 h
Mo 16 – 19 Uhr

PatientInnenstelle München

80469 München,
Auenstr. 31
Tel: 089/772565,
Fax: 089/7250474
muenchen@patientenstellen.de
Mo 17 – 20 h
Do und Fr 10 – 13 h

PatientInnenstelle Nürnberg

90402 Nürnberg,
Ludwigstr. 67
Tel: 0911/2427172,
Fax: 0911/2427174
nuernberg@patientenstellen.de
Di 11 – 13 h; 18 – 20 h
Do 10 – 13 h
Fr 13.30 – 15.30 h

Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.

(assoziiert)
20099 Hamburg
Kirchenallee 22
Tel: 040/24823 230,
Fax: 040/24823 290

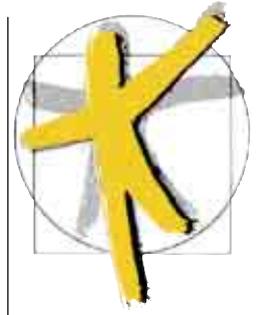
Patientenberatung Herdecke

(assoziiert)
Wetterstr. 4
58313 Herdecke
Tel: 02330/607920
Fax: 02330/607929





PatientInnen werden immer wichtiger – vor allem ihr Geld!
Unterschriftenkampagne der BAGP zur Reform der Gesundheitsgesetzgebung



**Bundesarbeits-
gemeinschaft der
PatientInnenstellen**

(BAGP)

Auenstr. 31

80469 München

Tel 089 / 76 75 51 31

FAX 089 / 725 04 74

BürgerInnen, Versicherte und PatientInnen sollen die Hauptlast der Einsparungen tragen, wenn das „Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitssystems“ wie geplant ab Januar 2004 umgesetzt wird. Die soziale Ausgewogenheit steht mehr denn je auf dem Spiel.

► *Wir wenden uns vor allem gegen:*

- Die Streichung von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog
- Die alleinige Absicherung des Krankengeldes durch die ArbeitnehmerInnen
- Zuzahlungserhöhungen bei allen medizinischen Leistungen
- Die Streichung von Leistungen wie Fahrtkosten und nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten

Wir begrüßen, dass PatientInnen an der Ausgestaltung des Gesundheitswesens beteiligt werden sollen. Darin liegen große Chancen für ein patientenorientierteres Gesundheitssystem, die aber nur genutzt werden können, wenn

- bestehende Strukturen der PatientInnenunterstützung und -vertretung gestärkt werden,
- Patienteninteressen unabhängig von Leistungserbringern und Kostenträgern vertreten werden können und
- diese Aufgaben nicht alleine von der Patientenbeauftragten wahrgenommen werden.

Es ist unakzeptabel, dass dem Wenigen an gestaltender Beteiligung eine immense zusätzliche finanzielle Belastung von PatientInnen und Versicherten gegenübersteht. Dieser erneute Versuch das Gesundheitssystem zu sanieren, geht mehr als jemals zuvor auf Kosten der Versicherten. Wirkliche Strukturreformen bleiben im Ansatz stecken.

► *Wir fordern*

- Ein am Gemeinwohl orientiertes Gesundheitssystem
- Stärkung der individuellen und kollektiven Patientenrechte
- Eine solidarische Krankenversicherung auf einem qualitativ hohen Versorgungsniveau
- Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung
- Zusätzliche Einnahmen durch Weiterentwicklung der Finanzierungsgrundlagen in Richtung einer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung für alle

<i>Name</i>	<i>Adresse</i>	<i>Unterschrift</i>

Bitte kopieren und auch die Rückseite für Unterschriften verwenden! Die Sammlung wird am 15. Januar 2004 abgeschlossen, und dann der Gesundheitsministerin überreicht. Zurücksenden an die BAGP, Auenstr. 31, 80469 München. Vielen Dank!